

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

31.1.1930 (No. 27)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedstr.
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 955
und 956
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Weiss und Gelb frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Wajnschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Genitalhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksheftblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Younggesetze vor dem Reichskabinett

Bevorstehende Verhandlungen mit dem Zentrum
Das Reichskabinett beriet, wie schon kurz gemeldet, am Donnerstag die Young-Gesetze, die Ende dieser oder Anfang nächster Woche dem Reichsrat zugehen sollen. Es ist anzunehmen, daß dabei auch die Wünsche zur Sprache gekommen sind, die das Zentrum in der bekannten Mitteilung der „Germania“ zum Ausdruck gebracht hat.
Im Berliner politischen Kreise ist man der Auffassung, daß diese Fragen in einer ersten und gründlichen Aussprache zwischen Kabinett und Fraktionsführern geklärt werden müssen. Deshalb wird der Reichsminister der Finanzen in den nächsten Tagen zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zunächst über die Verhandlungen mit Polen und über die Saarbesprechungen berichtet werden wird. Die Verhandlungen mit Polen, die sich namentlich auch auf das Rückkaufsrecht beziehen, dürften nicht vor dem Abschluß stehen. Dagegen rechnet man damit, daß die Saarverhandlungen sich noch monatelang hinzuziehen werden, da ein großer Komplex sehr verwickelter politischer und technischer Fragen noch zu klären ist. Unter diesen Umständen ist eine Verbindung der Saarverhandlungen mit dem Youngplan vom deutschen Standpunkt aus schon allein deshalb nicht möglich, weil die Klärung der dritten Zone nicht verzögert werden darf.

In der bevorstehenden Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern wird zweifellos aber auch der Wunsch des Zentrums nach einer Beschleunigung der Finanzreform behandelt werden. In politischen Kreisen hofft man, daß es möglich sein wird, mit dem Zentrum eine Verständigung zu finden, und zwar auf der Basis, daß die Erledigung der Young-Gesetze durch die Verkoppelung mit den außerordentlich schwierigen Fragen der Finanzreform nicht verzögert, daß aber auf der anderen Seite den berechtigten Wünschen des Zentrums insofern Rechnung getragen wird, als die hinter der Regierung stehenden Parteien sich mit dem Kabinett über die Grundzüge der Haushaltspolitik für 1930/31 einigen.

Die Bayerische Volkspartei zum Haager Abkommen
Leitende Kreise der Bayerischen Volkspartei haben in München eine Beratung abgehalten, über die namentlich eine partei-offizielle Verlautbarung erfolgt ist. Es handelte sich um eine gemeinsame Sitzung der Landesparteileitung, der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion, die unter dem Vorsitz des Parteivorstandes und in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten, des Reichspostministers Dr. Schäpel und der beiden Fraktionsvorsitzenden, Dr. Leicht und Dr. Wohlmutz, stattfand. In der Verlautbarung heißt es u. a.:

Es bestand Einmütigkeit in der Auffassung, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Haager Abkommen solange nicht möglich ist, als nicht feststeht, welche Maßnahmen zur Sanierung unserer deutschen Finanzwirtschaft geplant sind und welche Gruppen im deutschen Reichstag die Verantwortung für diese Maßnahmen tragen wollen. Die Bayerische Volkspartei stellt daher, ebenso wie die deutsche Zentrumspartei, die Forderung, daß die notwendigen Maßnahmen zur dauernden Befriedung der deutschen Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden gehört werden, bevor die Entscheidung über das Abkommen fällt, und wird an dieser Forderung unverwundlich festhalten.

Die thüringische Regierung gegen den Youngplan
Dr. Weimar, 31. Jan. Staatsminister Baum machte heute im Landtag auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Fröhlich hin die Mitteilung, daß die thüringische Regierung in ihrer letzten Kabinettsitzung gegen eine Stimme beschloß, die den Vollmachten Thüringens zum Reichsrat zu beauftragen, gegen die Annahme des Youngplanes zu stimmen. Gegen den Beschluß stimmte Staatsrat Bauer (Deutschnationale Volkspartei).

Die Große Koalition in Preußen gescheitert

Wechsel im Kultusministerium
Die Große Koalition in Preußen ist wiederum gescheitert, da eine Einigung mit der Deutschen Volkspartei nicht zu erzielen war. Sie lehnte das Angebot des Handelsministeriums und eines Ministeriums ohne Portefeuille ab und verlangte ein Ministerium mit Verwaltungsunterbau. Ohne weiteren Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen ist unmittelbar nach deren Abbruch Donnerstag nachmittag der sozialdemokratische Unterrichtsminister Dr. Becker von seinem Posten zurückgetreten und durch den demokratischen Parteimitgliedenden Vizepräsidenten des brandenburgischen Provinzialschulkollegiums, Grimme, ersetzt worden. Der letzte Grund ist wohl der, daß Becker Beziehungen zur Sozialdemokratie und zum Zentrum sich verschlechtert hatten. Er wird in den nächsten Tagen Berlin verlassen und eine längere Erholungsreise nach dem Süden antreten.

Der neue preussische Kultusminister, der der Gruppe der religiösen Sozialisten angehört, steht im 41. Lebensjahr. Er ist in Goslar am Harz geboren, studierte Philosophie und wandte sich dem Schulfach zu. 1923 wurde er an das Provinzialschulkollegium in Hannover versetzt. 1925 wurde er als Oberschulrat nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat in der Abteilung U II (höheres Schulwesen) ernannt und verwalte längere Zeit auch das Presseverhältnis des Ministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums der Provinz Brandenburg, in dem er — entsprechend der besonderen Struktur dieses Schulkollegiums — das gesamte Volks-, Mittelschul-, Berufs-, Fachschul- und höhere Schulwesen der Provinz zu verwalten hatte, beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium. Kultusminister Grimme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftenreihe der entfalteten Schulreform hervorgetreten.

Letzte Nachrichten

Der amerikanische Goldüberschuss

Verwertung für Auslandskredite?

Dr. W. New York, 31. Jan. (Tel.) „World“ berichtet aus Washington, daß die Bundesbankbehörde den Plan erwäge, den die gefehlmäßige Reserve übersteigenden Goldbestand der Bundesreservebanken in Höhe von etwa 1400 Millionen Dollars zwecks Erhöhung der Kaufkraft des Auslandes in Auslandskrediten zu 3 bis 5 Proz. anzulegen.

Als Depositenstellen für die amerikanische Goldausfuhr kämen insbesondere Finanzzentren wie London, Berlin, Amsterdam und Tokio in Betracht. Die Befürworter des Planes weisen u. a. auf den Vorteil hin, der darin bestehe, daß auf diese Weise die in Amerika aufgelegten Emissionen von Auslandsanleihen zu hohen Zinsen vermieden würden, die auf den New-Yorker Effektenmarkt zu drücken schienen. Außerdem würde der Plan zur Festigung der Dollarsdividen im Ausland beitragen und den gegenwärtigen Goldverfah überflüssig machen. Entschlüsse in dieser Richtung seien jedoch, wie das Blatt hinzusetzt, noch nicht gefaßt worden.

Die Einrichtung der B.Z.

Technische Schwierigkeiten

Dr. W. Basel, 31. Jan. (Tel.) (Schweizerische Depeschagenagentur.) Die Schwierigkeiten, die einer beinahe sofortigen Einrichtung der B.Z. für internationalen Zahlungsverkehr ausgleich vom technischen Gesichtspunkte aus entgegenstehen, sind größer, als ursprünglich angenommen wurde. Der Sonderausfluß für die B.Z. sah sich deshalb auch in seinen Beratungen am Donnerstagmittag vor eine ziemlich schwierige Lage gestellt. Es hat sich als beinahe unmöglich erwiesen, das als Sitz der B.Z. in Aussicht genommene Gebäude innerhalb der vorgesehenen Frist umzustellen. Unter diesen Umständen konnte von dem Sonderausfluß nur eine provisorische Lösung dahin getroffen werden, daß die B.Z. provisorisch in anderen Räumlichkeiten untergebracht wird.

Der Sonderausfluß hat Basel am Donnerstagabend verlassen und ist nach Paris zurückgekehrt, wo die Besprechungen über die weiteren Vorbereitungen für das Funktionieren der B.Z. fortgesetzt werden.

Die Londoner Flottenkonferenz

Frankreichs Ansprüche

Dr. W. Paris, 31. Jan. (Tel.) Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ teilt mit, daß die französische Delegation zur Flottenkonferenz den übrigen Delegationen eine Mitteilung habe zugehen lassen, in der die Tonnage angegeben wurde, die Frankreich nicht nur für die Gesamtflotte, sondern auch für die einzelnen Kategorien benötige. Die Gesamtonnage werde in dieser Note mit 800 000 angegeben. Für die Großkampfschiffe und Flugzeugmutterchiffe halte Frankreich an dem ihm in Washington zugestandenen 175 000 Tonnem fest. An großen Kreuzern von 10 000 Tonnem verlange Frankreich 12 Einheiten, also insgesamt 120 000 Tonnem. Hinsichtlich der leichten Kreuzer, Torpedobootzerstörer, Geschwadergeleiterschiffe, Torpedoboote usw., schätze Frankreich seine Bedürfnisse auf 210 000 Tonnem. Bei den U-Booten endlich werde ein Unterschied gemacht zwischen U-Booten von über 600 Tonnem (Hochseebote) und solchen unter 600 Tonnem. An Hochseeboten benötige Frankreich ungefähr 30 000 Tonnem, an kleineren U-Booten 90 000 Tonnem.

Rückkehr Poincarés nach Paris

Dr. W. Paris, 31. Jan. (Tel.) Das Coty-Blatt „Figaro“ will erfahren haben, daß Poincaré am kommenden Sonntag von der Côte d'Azur wieder in Paris eintreffen wird. Er werde jedoch nur kurze Zeit in Paris bleiben, da er zur völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit ein anderes Klima brauche. Das Blatt nimmt an, daß Poincaré die Gelegenheit benutzen wird, mit dem aus London erwarteten Ministerpräsidenten Lerdies und Außenminister Briand in einem Meinungsaustausch über die politische Lage einzutreten.

Die militärischen Sachverständigen verlassen Deutschland.

Der „D. N. Z.“ zufolge ist es der Reichsregierung gelungen, in Verhandlungen mit der Völkervereinigung durchzuführen, daß die besonderen militärischen Sachverständigen abberufen werden, die in den letzten Jahren nach Auflösung der Internationalen Militärkommissionen einzelnen Berliner Vertretungen unserer ehemaligen Kriegsgegner beigegeben worden waren. Diese Sachverständigen werden bereits am morgigen Samstag Berlin endgültig verlassen.

„Nationale Beamte“. Der preussische Innenminister hat in der Antwort auf die Kleine Anfrage eines deutschnationalen Abgeordneten grundsätzlich erklärt, er werde in Zukunft keine Anfrage mehr beantworten, in der die dem Stabshelm angehörenden Beamten als „national“ bezeichnet werden. Diese Bezeichnung sei ein plumper Versuch, die gewaltige Mehrheit der Beamtenschaft, die dem Staate treu ergeben ist, wegen dieser ihrer wahrhaft nationalen Gesinnung und Haltung herabzusetzen und zu verunglimpfen.

Wirtschaftliche Umschau

Das Roggenproblem

Die Schwierigkeiten der chemischen Industrie

Das Roggenproblem ist vor allem ein innerdeutsches Abgabeproblem, und zwar deshalb, weil einmal Deutschland in guten Erntejahren wie den beiden letzten nicht nur genug Roggen für den Inlandkonsum erzeugt, sondern auch von diesem Getreide ausführen kann und muß, weil zweitens nur einige nordische Länder und Holland als Abnehmer in Betracht kommen und Polen, demnächst sicher auch Rußland als billig produzierende Konkurrenten Deutschlands auftreten, weil schließlich der Roggenbrotkonsum in der Nachkriegszeit in Deutschland zurückgegangen ist. Dabei liegt es nicht nur im Interesse der roggengbauenden Landwirtschaft, daß sie zu ihre Selbstkosten deckenden Preisen Roggen absetzt, zu dessen Anbau sich nun einmal große Flächen in Deutschland nach Boden und Klima am besten eignen, sondern auch im Interesse des gesamten deutschen Volks und der deutschen Volkswirtschaft, weil wir durch verstärkten Roggenkonsum unsere Außenhandelsbilanz erheblich bessern, die Einfuhr von Auslandgetreide stark einschränken, das Geld in unserem kapitalarmen Lande behalten und dabei eine der wichtigsten deutschen Konjunkturfaktoren, die Landwirtschaft, kaufkräftiger machen können.

Es gibt ausgezeichnetes Roggenbrot, wie jeder weiß, aber jeder muß immer wieder die Feststellung machen, daß es so selten erhältlich ist. Dabei sind außerhalb der Geschmacksrichtungen innerhalb Deutschlands verschiedene. Unser deutscher Süden bevorzugt ein nicht zu großes Roggenbrot mit ringsum kräftiger Rinde und schäbt das sog. Kommissbrot in Rastform nicht so, das eigentlich den in Norddeutschland allgemein üblichen Butter- oder Fettbelag verlangt, wenn es schmackhaft sein soll. Es sind deshalb die Versuche der Bäckerinnungen zu begrüßen — München machte, wie gemeldet, den Anfang — ihrerseits dadurch zur Hebung des Roggenbrotkonsums beizutragen, daß sie in Zusammenarbeit mit der Mühlenindustrie, denn auf ein geeignetes Mehl kommt es vor allem an, ein dem örtlichen Geschmack entsprechendes Roggenbrot in den Handel bringen. In ähnlicher Weise soll, wie wir erfahren, auch in Baden vorgegangen werden, zumal bereits reichsgefekliche Maßnahmen angefangen sind. Freilich hat die letzte Entscheidung die Bevölkerung, denn das Bäckergewerbe klagt gerade in Baden darüber, daß frühere Versuche deshalb gescheitert seien, weil das Publikum immer wieder auf die bisherigen Brotforten (meist Mischbrot) zurückgegriffen hätte.

Auf dem Rastatter Bauerntag am Sonntag hat sich Reichsernährungsminister Dietrich u. a. auch mit der Roggenfrage beschäftigt. Er konnte darauf hinweisen, daß durch das seit Jahresbeginn in Kraft getretene System der gleitenden Zölle für Weizen, wovon wir 2 1/2 Mill. Tonnem im Jahre einführen müssen, eine für die Produzenten erträgliche Lage geschaffen werden konnte und dies voraussichtlich auch weiterhin möglich sein werde, daß aber für Roggen die Sache wesentlich anders liege, weil eben niemand da sei, unseren Überschuß uns abzunehmen, was die Preise drücke. Auch die Verbilligung von Futterroggen habe keine Abhilfe gebracht, weil die Gerstenpreise trotz des erhöhten Zolls billiger geworden seien. Und so bleibe vor allem die Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerung zu vermehrtem Roggenbrotkonsum zu veranlassen. Er werde durch Vorschriften dafür sorgen, daß als Roggenbrot nur ein aus reinem Roggenmehl hergestelltes Brot bezeichnet werden kann. (Man spricht davon, daß nach dem Münchener Muster ein Zusatz von 5 Proz. Weizenmehl aus baktechnischen Gründen gestattet werden soll.) Seinerzeit war auch angeregt worden, einen Roggenmehlzusatz zu allen Backforten gesetzlich zu bestimmen, was gerechtfertigte Bedenken auslöste, schon weil es sehr nach der vom Krieg her bekannten, immer wieder umgangenen Zwangswirtschaft aussah, und weil das Publikum ein Recht hat, reines Roggen- oder reines Weizengebäck zu verlangen.

Beim gesamten Getreideproblem muß beachtet werden, daß infolge der guten Ernten der letzten Jahre die Bestvorräte den Bedarf bei weitem übersteigen. (Trotzdem hungern in China Millionen.) Was den Roggen anbelangt, so haben die deutsch-polnischen Verhandlungen den Zweck, zu verhindern, daß das Ausland auf Kosten

Mit der Beilage: 12. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl in Baden-Baden. Die Baden-Badener Bürgermeisterwahl ging, wie vorauszusehen war, unter heftigen Kämpfen der Parteien vor sich. Schon in der zur Klärung der Sachlage einberufenen Sitzung des Stadtrats am 31. Januar, ergab sich eine Spaltung, als Zentrum und Demokraten sich für den dem Zentrum nahestehenden früheren Eitlinger Bürgermeister, jetzigen Sozialis Dr. Trunks, Rechtsanwalt Dr. Potyla, entschieden. Volkspartei und Sozialdemokraten erklärten nun, daß eine Neubesetzung des Postens aus Ersparnisgründen umgangen werden könne. In den letzten Tagen setzte eine rege Debatte über diese Frage ein. Die Sozialdemokraten veröffentlichten ein Flugblatt, während die übrigen Parteien in der Presse lebhaft für ihre Ansichten eintraten. Zu der Donnerstag nachmittag stattgefundenen Wahl erschienen die Sozialdemokraten ausnahmslos nicht. Die Volkspartei gab fast geschlossen weiße Zettel ab. Zur Abstimmung erschienen nur 87 von 118 Mitgliedern. Davon stimmten 64 für Dr. Potyla, der damit gewählt ist. 23 weiße Zettel wurden abgegeben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Es schneit im Schwarzwald!

D. Freiburg, 31. Jan. (Tel.) Endlich, nach wochenlanger Trockenheit, die die Ausübung des Wintersports so gut wie unterbunden hat, hat die veränderte Druckverteilung im Laufe der letzten 12 Stunden zu Schneefällen auf dem süßlichen Hochschwarzwald geführt, bei gleichzeitig leichtem Sinken der Temperaturen. Der Schneefall reicht bis in die Lagen von 800 Metern herunter. Im Felsberggebiet beträgt die Schneedecke wieder 30 Zentimeter.

D. Heidelberg, 31. Jan. Nachdem schon viele Interessenten die Absicht hatten, die beiden Schriesheimer Schwerpatentwerke wirtschaftlich auszunutzen, bewerben sich zur Zeit wieder zwei Großunternehmen von Dresden und Düsseldorf um dieses wertvolle Industriegebiet. Mit beiden Firmen schweben aussichtsreiche Verhandlungen.

6d. Waldbrunn, 30. Jan. Die Holzwerke Dyrösch haben heute ihren Betrieb geschlossen und die gesamte Arbeiterschaft entlassen. Die Arbeitslosen werden dadurch um etwa 41 vermehrt.

Das Werk sah sich — wie es erklärt — zu dieser Maßnahme veranlaßt, da die Vorräte aufgearbeitet sind und das Frischholz aus den städtischen Waldungen nur an auswärtige Firmen verkauft wurde.

D. Unterbalbach (Amt Laubertischhofheim), 31. Jan. Im Alter von 75 Jahren ist Altbürgermeister Julius Frank gestorben, der von 1891 bis 1909 unserer Gemeinde Vorstand und 28 Jahre lang die hiesige Postagentur geleitet hat.

D. Bellingen, 30. Jan. Der kommunistische Stadtrat G. Fischer wurde aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen, weil er „in Ausübung seines Mandats in der Gemeinde durch Mitwirkung an bürgerlichen Veranstaltungen der Gemeinde und durch sein sonstiges Auftreten parteischädigend gewirkt“ habe.

Geschäftliches

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine vierseitige Ankündigung der Firma Knopf bei. Wir empfehlen genaue Durchsicht der Angebote und Benützung als Führer durch die verschiedenwertigen Abteilungen des Hauses.

WEISSE WOCHEN

Wir bringen in dieser Woche Waren aller Art zu enorm billigen Preisen zum Verkauf



Hermann Tietz, Karlsruhe Größter Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz



Schuhwarengeschäft

Herrenstraße 14

geben wir während der **Weissen Woche** vom Samstag, den 1. Februar bis einschli. Samstag, den 8. Februar

doppelte Gegenmarken

Wir empfehlen unseren verehrten Mitgliedern, diese außergewöhnliche Gelegenheit zur Deckung ihres Schuhbedarfs zu benutzen.

Lebensbedürfnisverein

Weisse Woche

Tisch-, Bett-, Leibwäsche, Badetücher in ungeheuren Mengen u. billigen Preisen

Herrenstoffe **10%** Damenstoffe

Leipheimer & Mende

Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. August 1920 Einträge in unseren Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen. Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 1. August 1920 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen. R.132

Königsheim, den 1. Februar 1930.
Das Pfandgericht:
Kappeler, Bürgermeister. Weirich, Ratsh.

Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. August 1920 Einträge in unseren Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen. Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 1. August 1920 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen. R.131

Seckfeld, den 1. Februar 1930.
Das Pfandgericht:
Gönniger, Bürgermeister. Solferi, Ratsh.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Danksagung

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Bruders, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Lahr i. B., den 30. Januar 1930.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Anna Kurz
geb. Volk.

COLOSSEUM

Heute Abend, 6 Uhr,

Abschiedsvorstellung

von
Glauer's Zwerge
in
Schneewittchen
und die 7 Zwerge

Samstag, den 1. Februar, 8 Uhr,

Premiere

des Berliner Neuen Theaters
Das Mädels vom Broadway
Ein lustiges Jazzspiel

Fabelhafte Dekorationen u. Kostüme
40 Mitwirkende — **Die Pretty-Girls.**

Q.104. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Rosenfeld & Co., offene Handelsgesellschaft in Karlsruhe, alleinige Inhaber Karl Rosenfeld, Kaufmann, und Hugo Marxheimer, Kaufmann, beide in Karlsruhe, wurde heute vormittag, 11 1/2 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Raphael Strauß in Karlsruhe, Ritterstr. 3, bestellt. Den Inhabern der Schulden wurde gemäß §§ 50, 51, 54 Vergl.O. allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Firma ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 28. Februar 1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 2, 2. Stock, Zimmer Nr. 122. Karlsruhe, 29. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

Q.102. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Mechanikers Eugen Dambach in Mörich wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 25. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.



Badisches Landestheater
Samstag, 1. Februar 1930

Außer Rieche
Sondervorstellung des „Johannes-„Zeittheater“
Die Dreigroschenoper
Ein Stück mit Musik von Dreht-Weill
Regie: Baumbach
Dirigent: (am Flügel) Keilberth
Mitwirkende:
Vertram, Rademacher, Riegler, Jant, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Gröbinger, Gospach, Kalnbach.

Anfang 20 Ende geg. 23
Kartenausgabe für die Sondervorstellung nur an der Theaterkasse.
1. Rang und 1. Sperrsitz 7.50
Sonntag, 2. Februar
Die verkaufte Braut.
Im Koncert: ... Vater sein dagegen sehr.
Mo. 3. Febr.: Sondervorstellung des „Johannes-„Zeittheater“: Die Dreigroschenoper.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“